



**Parti suisse
du Travail
Partei der Arbeit
der Schweiz
Partito svizzero
del Lavoro**

Pressecommuniqué

Volksabstimmung vom 24. Februar: 1x Ja, 1x Nein

Bern, 28. Januar 2008

Ja zur Volksinitiative gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten -- Nein zur steuerlichen Entlastung der Grossaktionäre durch die Unternehmenssteuerreform.

Die Volksinitiative gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten verlangt, dass in Friedenszeiten in touristisch genutzten Erholungsgebieten keine militärischen Übungen mit Kampfjets durchgeführt werden. Die Partei der Arbeit unterstützt diese Initiative, weil solche Übungsflüge im Zeitalter der Flugsimulatoren überflüssig sind. Mit der Initiative kann zudem verhindert werden, dass unsere Alpen von Militärpiloten fremder Staaten für Abenteuerflüge missbraucht werden. Im letzten Jahr hat der Absturz einer deutschen Tornado im Lauterbrunnental an den Tag gebracht, dass die Schweizer Behörden im Zuge der neutralitätswidrigen Zusammenarbeit mit der imperialistischen Militärorganisation Nato bereitwillig zu solch grobem Unfug Hand bieten.

Was da für die Abstimmung vom 24. Februar als «Unternehmenssteuerreform II» daher kommt, sieht Geschenke an Unternehmen und Grossaktionäre von bis zu 2 Milliarden Franken vor. Diese würden von etwa 50 000 Personen eingesackt; also etwa 1% der Steuerpflichtigen würde von diesem Gesetz profitieren. Im Zentrum der Vorlage steht die steuerliche Entlastung von Personen, die mindestens 10 Prozent des Kapitals eines Unternehmens besitzen. Die Steuer würde in diesen Fällen nur noch auf 50 Prozent der Einkünfte aus Beteiligungen des Geschäftsvermögens und auf 60 Prozent der Erträge aus beweglichen Vermögen erhoben. Ausserdem sieht das Gesetz eine geringere Besteuerung bei der Realisierung stiller Reserven vor.

Diese auf die Grossaktionäre zugeschnittene Abstimmungsvorlage ist ein weiterer Schritt in der Umverteilung des Gesellschaftsvermögens von unten nach oben. Ihm vorausgegangen sind in den letzten 10 Jahren andere Schritte, welche die Schweiz noch mehr zu einem Steuerparadies für die Reichen machten. Schon 1997 wurden die Holdings entlastet, als die Kapitalsteuer abgeschafft und die lineare Besteuerung des Gewinns eingeführt wurde. Die Stempelsteuer auf Wertschriften wurde reduziert. Und dazu kommt noch die Pauschalbesteuerung für 3500 steinreiche Ausländerinnen und Ausländer. Der in der Schweiz wohnhafte Ikea-Besitzer zum Beispiel verfügt über ein Vermögen von 25 Milliarden Franken und bezahlt dafür lächerliche 200 000 Franken an Steuern! Jede und jeder Lohnerwerbende kann mit einer einfachen Dreisatzrechnung feststellen, dass er, mit den gleichen Massstäben gerechnet, nur wenige Franken versteuern müsste.

Die PdA ist Mitglied des Referendumskomitees gegen die Unternehmenssteuerreform
www.ungerechte-steuern.ch.

Bern, 28. Januar 2008

Für zusätzliche Informationen:

Nelly Buntschu 022 796 32 33 / 076 377 24 58
Präsidentin der Partei der Arbeit Schweiz

Secrétariat national PST-POP / PdAS / PSdL

CP 533 / 3000 Berne 22 / secret-pst-pda@gouvernement.ch / www.pst.ch / www.pda.ch